

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 2

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die nachfolgenden Pressestimmen orientieren über die *kommunistische Bewegung in Asien*, vor allem in *Indien* und *China*. — Einer amtlichen Einladung der Pekingener Regierung folgend, war ein Führer der indischen Sozialdemokraten, *Brajkishore Shastri*, im Frühjahr 1953 als Mitglied einer indischen Gewerkschaftsgruppe in China. *Die Zeit* (Hamburg) und *Der Standpunkt* (Meran) veröffentlichten interessante Berichte des indischen Verfassers, der trotz «Führung» eine Reihe selbständiger Feststellungen machen konnte¹⁾. Die Gruppe besuchte eine Arbeitsstelle für den Jangtsetaldamm, einem der wichtigsten Bauvorhaben der Regierung, wo trotz unaufhörlicher erbarmungsloser Stürme rund 5000 Arbeiter mit dürftigsten und primitivsten Werkzeugen, ohne Schutzmittel gegen den Sandsturm, am Werk waren. Der indische Verfasser war entsetzt über die Art, wie diese chinesischen Arbeiter zu einem Elendslohn zur Arbeit angetrieben und wie Vieh verwendet wurden. Er vergleicht daher den Bau des Jangtsetaldammes mit der Zwangsarbeit an der chinesischen Mauer. Die chinesischen Arbeiter sind schlechter ernährt als die indischen. Der Lohnunterschied zwischen einem Durchschnittsarbeiter und einem Werkleiter ist mehr als auffallend. Ein Gesetz über die Pflichten der Gewerkschaften verlangt, die Arbeiter so zu erziehen, daß die Befehle des Staates ohne Schwierigkeiten befolgt werden. Die Arbeiter dürfen unter keinen Umständen in den Streik treten. Jedes Verlangen nach besseren Löhnen oder kürzerer Arbeitszeit wird in diesem «Arbeiterstaat» als Verbrechen betrachtet und bestraft. Der Zwölfstundentag ohne Pause ist die Regel. Die Landflucht landwirtschaftlicher Arbeiter ist verboten. Millionen von hilflosen, landlosen Tagelöhnern können sich weder selbständig organisieren noch dürfen sie sich auf die Suche nach Arbeit begeben. Bei der Seltenheit von Kühen war es kein ungewohnter Anblick, Männer und Frauen vor Pflüge

gespannt zu sehen. Die neuen Herrscher Chinas wollen das Tempo der Industrialisierung beschleunigen, und die Hauptlast muß unvermeidlich der Bauer tragen.

Die katholischen Blätter für weltanschauliche Information, *Orientierung* (Zürich), veröffentlichen in Nr. 23/24 Auszüge aus einem Bericht des französischen Konsuls in Tientsin, Mr. C. Malo, an seine Regierung²⁾. Der Konsul, der die chinesische Revolution bis 1952 aus eigener Anschauung kennt, stellt fest, daß die chinesische Regierung alles tut, um die Frauen für das Regime zu gewinnen. «Sie sind treu und gehorchen blindlings. Die Zahl der in den Behörden angestellten Frauen wächst von Jahr zu Jahr. Sie stellen ihre Beobachtungsgabe, ihre Intuition und ihre Eifersucht in den Dienst der Partei. Sie überwachen, sie horchen und denunzieren ohne Zögern jeden Kollegen, Mann oder Frau, deren Arbeit nicht befriedigend ist und deren Haltung nicht gut ist. In der Mehrzahl der Komitees, vor allem in denen des Quartiers, sind sie in der Mehrheit.»

Über den Kommunismus in Indien weiß *Intelligence Digest* (London) zu berichten, die kommunistische Taktik der Mäßigung strebe nach der Errichtung sogenannter Volksfronten³⁾. Ein erster Erfolg war die Schaffung einer kommunistisch-sozialistischen Koalitionsregierung in Travancore-Cochin. Die indischen Kommunisten erachten einen Krieg Indiens gegen Pakistan als unvermeidlich und sind entschlossen, denselben ihren revolutionären Zielen dienstbar zu machen. Sie dürften in großer Zahl in die indische Armee eintreten und alle ihre Zweige zu durchdringen suchen. Gute Kenner der indischen Armee erachten einen solchen Plan als durchführbar und sind der Auffassung, seine Ausführung würde bei einem Sieg Indiens über Pakistan die Kommunisten zur Macht führen. In geheimen Verhandlungen zwischen New Delhi, Peking und Moskau sollen die chinesische und die

russische Regierung Indien wohlwollende Neutralität in einem Krieg gegen Pakistan und diplomatische Unterstützung der indischen Ansprüche auf die französischen und portugiesischen Besitzungen in Indien zugesichert haben, wogegen angenommen wird, Indien widersetze sich nicht gegen die Errichtung sowjetischer Militärstützpunkte und einer Sowjetkontrolle in Afghanistan. — Die gleiche Quelle veröffentlicht eine Information von Seiten einer einflußreichen Viet Nam-Persönlichkeit, wonach man in gewissen Pariser Kreisen eine Absetzung von Bao Dai und die Ausrufung einer Indochinesischen Republik erwäge. Eine Verständigungsgruppe fasse eine Teilung des Landes ins Auge, wobei Tonkin und Nord-Annam den Kommunisten überlassen, Süd-Annam und Cochinchina aber unter Viet Nam-Herrschaft verbleiben würden. Das Ergebnis einer solchen Teilung wäre eine Wiederholung der Ereignisse in Korea.

Der Schriftleiter der in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift für Gegenwartfragen des Ostens, *Osteuropa*, Klaus Mehnert, besuchte 1953 verschiedene Länder Südasiens⁴). Er stellt fest, daß die Hauptstütze des Kommunismus in diesen Ländern nicht das erst im Entstehen begriffene Industrieproletariat oder die Bauernschaft ist, sondern die Intelligenz. Es ist erschütternd, daß es dem Westen nicht gelungen ist, die farbige Intelligenz für sich zu gewinnen und gegen den Kommunismus immun zu machen. Die mit Mühe, Kosten und vielfach mit wirklicher Liebe im Westen ausgebildeten jungen Asiaten und Afrikaner sehen häufig nach ihrer Heimkehr ihren ganzen Lebenszweck in der Verleumdung des Westens und insbesondere Amerikas. Für ihre betont antiwestliche Einstellung glaubt der Verfasser sechs Gründe feststellen zu können. Nach dem Luxus, der Verwöhnung und der freien Lebenshaltung im Ausland fühlen sich die jungen Intellektuellen in der Heimat unbefriedigt. Ihr löblicher Wille, etwas zu leisten für Volk und Vaterland, wird abgekühlt, wenn sie feststellen müssen, daß nicht Eig-

nung und Fleiß, sondern alle möglichen andern Gesichtspunkte maßgebend sind für die Besetzung der Ämter und für die Karriere. Da nach asiatischer Tradition Handarbeit eine minderwertige Sache ist, streben die jungen Heimkehrer gleich nach führenden Stellungen und weigern sich, den Weg von unten nach oben zu machen. Viele Intellektuelle haben ein schlechtes Gewissen, weil sie jahrelang mit den Engländern kollaboriert haben. Es ist sodann weit bequemer, sich antibritisch und anti-amerikanisch zu gebärden und alle Mißstände den Intrigen dieser Länder in die Schuhe zu schieben, als sich selbst mit der Beseitigung der Ursachen des Übels ernsthaft zu befassen. Schließlich spielt auch die religiöse Entwurzelung eine wesentliche Rolle, da vielen Heimkehrern, ohne daß sie überzeugte Christen geworden wären, doch die Rückkehr zu den alten Göttern schwer fällt. So befinden sich viele Intellektuelle in einem religiösen Niemandsland, sind wurzellos und also oft nihilistisch. Diese Armee der unbefriedigten Intelligenz steht zu allem in Opposition und findet vielfach im Kommunismus die Zugehörigkeit zu einer «Großen Idee».

Diese Feststellungen werden bestätigt durch einen Studenten indischer Politik in Bombay, dessen Ausführungen über die kommunistische Infiltration in Indien von *The Eastern Quarterly* (London) unter dem Pseudonym *Vigilante* veröffentlicht werden⁵). In Asien war, ist und bleibt der Kommunismus eine Bewegung der oberen Klassen, während sich der Widerstand gegen den Kommunismus im niederen Volk der Bauern, Arbeiter und Kleinbürger entwickelt. Ein typisches Beispiel für diese Feststellung ist Indien, wo der Kommunismus unter den Bauern und Arbeitern überall eine Niederlage erlitt, während er unter den privilegierten Klassen erfolgreich war, besonders unter den englisch erzogenen, begüterten und berufsmäßigen Schichten der indischen Bourgeoisie. Die Mehrzahl der kommunistischen Führer in Indien sind nächste Familienangehörige von Gutsbesitzern,

Ministern, Gouverneuren, Richtern und Diplomaten. Eine Goodwill-Mission indischer Intellektueller, die unter dem Protektorat der Kommunistischen Partei 1953 das rote China besuchte, pries nach ihrer Rückkehr die chinesischen Verhältnisse in Vorträgen, Zeitungsartikeln, Broschüren und Büchern. Ein Schüler Gandhis erklärte dabei, wenn das, was er in China gesehen habe, Kommunismus sei, so gehe sein einziges Gebet zu Gott dahin, daß die ganze Welt kommunistisch werden möge. In China würden alle Grundsätze Gandhis getreulich befolgt, während man in Indien nicht nach den Grundsätzen Gandhis lebe, sondern nach dem was er ablehne. Die ohne Gewalt nur mit Überzeugung durchgeführte Landreform habe in China Bettel, Prostitution und Korruption zum Verschwinden gebracht. Aus einem Hungerland sei China ein Überschußgebiet an Nahrungsmitteln geworden. Auch ein anderer Gandhist behauptet die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Gandhi und dem Kommunismus. Indischen Intellektuellen gefällt es auch, von den Kommunisten zu allen möglichen Kongressen im Ausland eingeladen zu werden, wo sie als Repräsentanten eines fortschrittlichen Indiens gefeiert werden. — Auf der andern Seite hat der politische Kampf der radikalen Parteien der Bauern, Arbeiter und Kleinbürger die Kommunisten in jeder Provinz isoliert, die sorgfältig aufgebaute Einheitsfront zerschlagen und ihnen die politische Initiative entrissen. Es ist recht eigentlich der Mann der Straße, von dem der Widerstand gegen den Kommunismus ausgeht. — Buchhandlungen und Auslagen der Straßenhändler sind in den südasiatischen Staaten voll von Übersetzungen chinesischer Autoren in ansprechenden und erstaunlich billigen Ausgaben, zumeist aus einheimischem Verlag. Die Presseabteilungen der Sowjetbotschaften arbeiten mit großen Mitteln und richten zahlreiche Lesehallen ein.

Zum Schluß verweisen wir noch auf folgende, das Thema Indien und den Kommunismus behandelnde Artikel, die in dieser Zusammenfassung nicht mehr

berücksichtigt werden konnten: «Der III. Parteitag der Kommunistischen Partei Indiens», von Ajoy Ghosh, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Indiens, in einer Artikelserie der Zeitung «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie», Bukarest, 5. bis 11. 2. 1954; «The Communist Congress, A Warning and a Lesson» in der Zeitschrift «Thought», Delhi, 6. 2. 1954, und «India in the Soviet Mirror» in «Thought», Delhi, 31. 10. 1953.

In dem von *Wilhelm Cornides* herausgegebenen und vorzüglich redigierten *Europa-Archiv* ist in Nr. 16/1953 ein Aufsatz von *Theodor Steltzer* über *Aufgaben und Probleme der Europaforschung* enthalten, dem wir folgende Angaben entnehmen: Die Europaforschung gehört zu jenen Forschungsgebieten, die von außen her als neuer Stoff- und Erfahrungsbereich an die Universität herantreten, wobei der Anstoß vor allem von der Politik ausgeht. Auf sich selbst zurückgeworfen und in seinen eigenen geistigen Grundlagen bedroht, ist sich Europa seiner Grenzen bewußt geworden und zeigt einen Mangel an Selbstvertrauen. Um das gestörte Gleichgewicht unseres Weltbildes wiederherzustellen, ist ein Tiefergreifen in der Erkenntnis der materiellen und der geistigen Daseinsgrundlagen unseres Kontinents notwendig, das sich nicht mit traditionellen Begriffen und Urteilen zufrieden gibt, sondern methodische Forschung wird. Diese erste große Aufgabe der Europaforschung kann nicht von einer der bestehenden wissenschaftlichen Disziplinen allein bewältigt werden. Ebenso wenig ist es möglich, die Europaforschung als neue wissenschaftliche Disziplin zu begründen. Sie kann überhaupt nicht mit den Mitteln der spezialisierten wissenschaftlichen Arbeitsweise betrieben werden, sondern erfordert neue Formen der Zusammenarbeit der einzelnen Disziplinen, für die ein entsprechender Rahmen zu suchen ist. Die Europaforschung fügt sich hierin einem Typ von Forschungsaufgaben ein, der in den angelsächsischen Ländern als *area research* bezeichnet wird (Regionalfor-

schung, Gebietsforschung). Zwischen der Europaforschung und der europäischen Politik besteht ein innerer Zusammenhang, ist doch die politische Einigung des Kontinents zur Schicksalsfrage Europas geworden. Die Europaforschung kann dem handelnden Politiker seine persönliche Verantwortung nicht abnehmen, aber sie kann Arbeitshypothesen aufstellen und deren Prüfung, Bewährung oder Widerlegung in der praktischen Erfahrung verfolgen. Sie kann durch methodische Exaktheit wesentlich zur Verfeinerung der politischen Beobachtungen und des staatsmännischen Kalküls beitragen und schließlich das Wissen um die Voraussetzungen bestimmter politischer Handlungsweisen vertiefen. Von geradezu lebenswichtiger Bedeutung ist es sodann für Europa, die Realität Europa und ein dynamisches Bild der europäischen Entwicklung in das Bewußtsein der andern Kontinente zu stellen. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die USA wichtig, woselbst an den Universitäten und Instituten die Europastudien unter allen Gebietsstudien an letzter Stelle stehen, sondern auch für andere Kontinente, und nicht zuletzt für unsere Selbstbehauptung gegenüber der Sowjetunion. Europaforschung will also die geistigen und materiellen Daseinsgrundlagen unseres Kontinents mit wissenschaftlichen Methoden untersuchen, aber nicht allein aus Erkenntnisdrang, sondern zugleich mit dem Ziel politischer Auswertbarkeit. Der Gedanke einer europäischen Regionalforschung führt von Europa als einer Region im Innenverhältnis zu Teilregionen und damit zu den kulturellen, ethnographischen und wirtschaftsgeogra-

phischen Grundlagen unseres Kontinents. Es wird die Aufgabe der Europaforschung sein, zunächst das Gleichgewicht, dann die Synthese zwischen diesen beiden Gesichtspunkten herzustellen.

Ein Problemkreis besonderer Art stellt sich unter der Bezeichnung der «wirtschaftlichen Integration» dar. Die Europaforschung muß hier versuchen, im Rahmen einer Gesamtkonzeption zu einer Art Hierarchie der Integrationsprobleme zu gelangen. Bei den Integrationsproblemen auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts handelt es sich um die gleichzeitige Entwicklung der Staatwirklichkeit und des Staatsbegriffs. Es ist möglich, daß mit der notwendigen politischen Einigung Europas ein neuer Staatsbegriff geboren wird, der wiederum auf die einzelnen europäischen Staaten einwirkt. Aus alledem ergibt sich, daß sich der Arbeitsbereich der Europaforschung über alle Spezialdisziplinen der Wirtschaftswissenschaft, der Geschichte, der Rechtswissenschaft, der Geographie usw. erstreckt, weshalb sie der interdisziplinären Zusammenarbeit bedarf.

1) «Die Zeit», Nr. 5 und 6, Februar 1954: «Hinter der chinesischen Mauer». «Der Standpunkt», Nr. 5, 29. Januar 1954: «Chinas neue Mauer». Vergleiche auch den Bericht von Barbara Ward, Schweizer Monatshefte Nr. 10, Januar 1954, S. 610 (Auszug). 2) «Orientierung», Nr. 23/24, Zürich, 15. Dezember 1953. 3) «Intelligence Digest», Nr. 184, London, März 1954. 4) Die Rolle der Intelligenza in Südasien, «Osteuropa», Heft 5, Stuttgart, Oktober 1953. 5) «The Eastern Quarterly», Nr. 3/4, Oktober—Dezember 1953.